

# „Kürzungen belasten Kinder und Jugendliche“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Arnold kritisiert die Sparpläne der Regierung

(pm) Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold wirft der schwarz-gelben Regierungskoalition vor, ihr Sparpaket führe zu harten Einschnitten für Kinder und Jugendliche. „Kinder haben bei der aktuellen Bundesregierung leider keine starke Lobby“, so Arnold in einer Pressemitteilung anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte am heutigen 20. November.

Kommende Woche werde im Bundestag der Bundeshaushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Die Bundesregierung wolle bei der Jugendpolitik, der Arbeitsmarktförderung, dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, dem Wohngeld, dem Elterngeld sowie den Jugendfreiwilligendiensten kürzen, so Arnold. Andere wichtige Projekte wie der Ausbau der frühkindlichen Bildung würden vernachlässigt.

So solle der Ausbildungsbonus für Altbewerber abgeschafft werden. Mit der Streichung dieses Arbeitsmarktinstrumentes würden die Chancen vieler Jugendli-

cher auf dem Ausbildungsmarkt beschnitten. Die SPD fordere eine Verlängerung des Ausbildungsbonus um drei Jahre. Bei der frühkindlichen Bildung müsse sich der Bund noch stärker engagieren, um mehr Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie eine Steigerung der Qualität der Angebote zu erreichen, fordert Arnold, der der Regierung hier Untätigkeit vorwirft. Die SPD fordere seit Monaten die Einberufung eines Krippengipfels mit Ländern und Kommunen, um den Ausbau voranzubringen.

Die Städtebauförderung wolle die Bundesregierung im kommenden Jahr um 150 Millionen auf 455 Millionen Euro kürzen, so Arnold weiter. Die Kürzung gehe überwiegend zulasten des Programms Soziale Stadt, das von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro zusammengestrichen werde. Diese Kürzungen setzten vor allem finanzschwache Städte unter Druck und gefährdeten die Arbeit zahlreicher Projekte.

Die geplante Abschaffung des Heizkos-

tenzuschusses für Wohngeldempfänger werde einkommensschwache Familien und damit viele Kinder und Jugendliche im Landkreis Esslingen hart treffen, so Arnold. Der Heizkostenzuschuss sei 2009 auf Betreiben der SPD eingeführt worden. Die geplanten Einschnitte beim Elterngeld führten zu Eltern und Kindern „erster und zweiter Klasse“. Für Bezieher von Arbeitslosengeld II solle das Elterngeld komplett gestrichen werden. Eltern mit mittlerem Einkommen müssten sich ab 1. Januar auf Kürzungen einstellen.

Die Bundesregierung plane auch Kürzungen der Mittel für benachteiligte Jugendliche und junge Migranten im Bereich der Jugendfreiwilligendienste. „Diese Sparpläne konterkarieren doch eine wirkungsvolle Integrationspolitik“, so der SPD-Mann. „Die SPD hat im Bundestag Alternativvorschläge vorgelegt, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern statt sie zu beschneiden“, so Rainer Arnold.

NTZ / 20.11.2010 / S. 28